

Große Anfrage

der Abgeordneten Günter Nooke, Ulrich Adam, Klaus Brähmig, Hartmut Büttner (Schönebeck), Manfred Grund, Dr.-Ing. Rainer Jork, Manfred Kolbe, Dr. Paul Krüger, Dr. Michael Luther, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Angela Merkel, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Michael Stübgen und der Fraktion der CDU/CSU

Konzertierte Förderpolitiken für Ostdeutschland

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern stockt, der Abstand zu den alten Bundesländern wächst. Immer mehr Menschen wollen die neuen Länder verlassen. Der Osten ist deshalb weiterhin dringend auf eine stabile finanzielle Unterstützung angewiesen. Nach zehn Jahren intensiver Arbeit am Aufbau Ost muss Bilanz gezogen und es müssen die Weichen für eine effiziente Förderpolitik auch in den nächsten zehn Jahren gestellt werden. Gleichzeitig ist dabei zu berücksichtigen, dass die Förderlandschaft zunehmend unüberschaubar geworden ist. Daher bedarf es einer Gesamtschau der verschiedenen Förderebenen, der damit zusammenhängenden Förderprogramme und Fördertöpfe, aber auch einer klaren Neuordnung und Konzentration auf einige wenige Förderquellen, ohne dass hierbei das notwendige Fördervolumen insgesamt in Frage gestellt wird.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit und in welchem Rahmen hat die Bundesregierung, die unter anderem in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Entwicklung und zur Situation in Ostdeutschland (Drucksache 14/860) nach eigener Angabe bereits eine ehrliche Bestandsaufnahme der Situation in den neuen Ländern vorgenommen hat, dabei auch Bilanz der bisherigen Förderpolitik in den neuen Ländern gezogen?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Förderpolitik der Jahre 1991 bis 1999 und welche konzeptionellen Änderungen hat sie für das Haushaltsjahr 2000 an dieser bisherigen Förderpolitik vorgenommen?
3. Wie ist die Entwicklung der haushaltsrelevanten Ansätze beim Aufbau Ost im Vergleich der Haushaltsjahre 1999 und 2000 einerseits und im prozentualen Verhältnis zu den Veränderungen des Bundeshaushaltes insgesamt?
4. In welchem prozentualen Verhältnis stehen die Mittel zur Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern, die im Jahre 2000 originär
 - aus dem Haushalt der EU,
 - aus dem Bundeshaushalt,

– aus den Länderhaushalten

gespeist werden im Vergleich zu den Zahlen der Jahre 1998 und 1999?

5. Welche finanziellen Mittel zur Wirtschaftsförderung flossen bzw. fließen nach Kenntnis der Bundesregierung aus europäischen Förderquellen in den Jahren 1999 bis 2003 (nach mittelfristiger Finanzplanung) in die neuen Länder (bitte aufgeteilt nach den einzelnen Förderprogrammen darstellen)?
6. Welche Mittel und welche Anzahl von Projekten umfasst das Gemeinschaftliche Förderkonzept für die neuen Länder und Ostberlin bis zum Jahre 2006?
7. Welche Schwerpunkte und welche Zielgruppen werden damit jeweils angesprochen und welche Förderstrategie über welchen Zeitraum wird damit auf EU-Ebene verknüpft?
8. Wie hoch ist dabei der investive Anteil der Förderung, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Jahren?
Wie wird dabei der Begriff „Investition“ definiert und welche Unterschiede gibt es hierbei zwischen der EU- und der Bundesebene?
9. In welcher Höhe und von welcher Gebietskörperschaft werden die jeweiligen EU-Mittel zur Wirtschaftsförderung ko-finanziert und welche Mechanismen greifen für den Fall, dass eine solche Ko-Finanzierung nicht gelingt?
Sind die Mittel übertragbar in das nächste Haushaltsjahr, und wenn ja, in welcher Höhe?
10. Welche finanziellen Mittel der Jahre 1999, 2000 bis 2003 (nach mittelfristiger Finanzplanung) fließen aus dem Bundeshaushalt direkt oder indirekt in den weiteren Aufbau der neuen Länder?
Welche ausschließlich für den weiteren Aufbau Ost vorgesehenen Förderprogramme sind dabei jeweils enthalten und mit welchen Zielen und Zielgruppen sind diese Programme verknüpft?
11. Welche Konzeption verfolgt die Bundesregierung mit ihrem u. a. in der Zeitschrift „DER SPIEGEL“, Ausgabe 16/2000 zitierten Thesenpapier mit dem Titel: „Aufbau Ost: Perspektiven der Förderung durch den Bund“?
Ist beabsichtigt, dieses Thesenpapier als Chefsache „Aufbau Ost“ auch im Bundeskabinett zu behandeln?
12. Trifft es zu, dass in diesem Thesenpapier eine schrittweise Rückführung von Fördermitteln, insbesondere auch zur Angleichung der Verkehrsinfrastruktur, vorgeschlagen wird und nach welchen Maßstäben soll eine solche Rückführung erfolgen?
13. Welche Bedeutung haben bei diesen Plänen der Bundesregierung die von allen neuen Ländern beauftragten und inzwischen vorgelegten Gutachten der wichtigsten deutschen Wirtschaftsinstitute zur Vorbereitung des Solidarpakts II und über welche hiervon abweichenden Informationen externer Gutachter verfügt dabei die Bundesregierung?
14. Wie hat sich nach Einschätzung der Bundesregierung die bisherige Bundesförderung von Lehrstellen und Ausbildungsplätzen, aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Arten, in den neuen Bundesländern finanziell und funktionell entwickelt und ausgewirkt?
15. Wie schätzt die Bundesregierung die Notwendigkeit ein, in den neuen Bundesländern die Wirtschaft und vor allem Betriebe des Mittelstands und Handwerks gezielt derart zu fördern, dass auf stabiler Grundlage Lehrstel-

len im dualen System entstehen, welche auch Perspektiven für eine Arbeit nach Beendigung der Lehre bieten?

16. Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Wirtschaft, insbesondere Mittelstand und Handwerk, in den neuen Bundesländern in die Lage zu versetzen, verstärkt betriebliche Lehrstellen im echten dualen System anzubieten?
17. Welche Perspektiven sieht die Bundesregierung für eine Fortführung des Sofortprogramms JUMP in den kommenden Jahren?

Wird es anstelle des bisherigen Sofortprogramms JUMP für die gesamte Bundesrepublik Deutschland ein Förderprogramm speziell für die neuen Bundesländer geben oder sieht dies die Bundesregierung als Aufgabe der Landespolitik an?
18. Wie viele Wirtschaftsförderprogramme und öffentliche Förderstellen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell auf Länderebene
 - insgesamt in den 16 Ländern,
 - aufgeschlüsselt auf die alten Länder,
 - aufgeschlüsselt auf die neuen Länder?
19. Inwieweit sind diese Programme im Wesentlichen Ko-Finanzierungen bereits vorhandener Programme der EU oder des Bundes und wie weit enthalten diese Programme im Wesentlichen originäre Landesmittel?
20. Welche Fördervolumina sind nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen – aufgeteilt auf die einzelnen Länder – mit diesen Programmen in den Jahren 1999, 2000 bis 2003 (nach mittelfristiger Finanzplanung) verbunden?
21. Wie viele kommunale Förderprogramme für eine wirtschaftsnahe Infrastruktur existieren nach Schätzung der Bundesregierung und welche Fördervolumina – möglichst unterteilt auf die neuen Länder – sind damit verbunden?
22. Wie beurteilt die Bundesregierung – für den Fall, dass der Bundesregierung weder zu den Landes- noch Kommunalförderprogrammen ausreichend detaillierte Informationen vorliegen – in einer Gesamtschau die Förderpolitiken der verschiedenen Ebenen?

Sieht sie dabei Bedarf, die jeweiligen Förderpolitiken stärker als bisher miteinander abzustimmen, und falls ja, in welcher Weise und mit welchem Informationsaustausch ist dies geplant?
23. Welche Vorschläge wird die Bundesregierung zur künftigen Förderung Ostdeutschlands für die Bundesebene formulieren?

Inwieweit sollen solche Vorschläge bereits in den laufenden Haushaltsgesprächen für den Haushalt 2001 berücksichtigt werden (bitte unterteilt nach Förderprogramm bzw. ggf. Haushaltstitel aufführen)?
24. Beabsichtigt die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für eine weitere Straffung bzw. Rückverlagerung von Förderkompetenzen auf die nationale Ebene einzusetzen, und falls ja, welchen Niederschlag wird dies mittelfristig im Bundeshaushalt finden?
25. Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung bei der künftigen Ziel 1-Förderung der neuen Länder in der EU?
26. Mit welchen mittel- und langfristigen Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Regionalförderung in Deutschland rechnet die Bundesregierung in einer ersten Einschätzung?

27. Inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, künftige Mischfinanzierungen auf einer Ebene zu konzentrieren bzw. dabei auch Finanzierungstatbestände des Bundes auf die Länder zu verlagern?

Falls ja, für welches Jahr würde eine solche Verlagerung haushaltsrelevant und will ggf. die Bundesregierung diese Verlagerung bereits mit Aufstellung des Haushaltes 2001 in die mittelfristige Finanzplanung mit aufnehmen?

28. Beabsichtigt die Bundesregierung künftig verstärkt, Fördertatbestände nicht mehr im Bundeshaushalt auszuweisen, sondern noch mehr als bisher bundeseigene Banken mit dieser Aufgabe zu betrauen?

Wie wird hierbei das Budgetrecht des Parlamentes gesichert?

29. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufgabenabgrenzung zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank und inwieweit ist dabei eine Zusammenführung beabsichtigt?

30. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bei der Frage, wie Fördergelder am schnellsten und effektivsten zu den Adressaten gelangen können und welche Bedeutung misst sie dabei einer Zwischenschaltung der jeweiligen Hausbank bei?

31. Beabsichtigt der Bund, nach Beispiel des Freistaates Sachsen eine Datenbank für Fördermittel aufzubauen, und wenn ja, wann soll diese Datenbank funktionsfähig sein?

Wenn nein, teilt die Bundesregierung die Auffassung des Freistaates Sachsen, dass eine solche Datenbank zur Verkürzung der Bearbeitung von Anträgen auf Fördermittel, zur Verhinderung von Missbrauch und zur Schaffung eines besseren Überblicks für die vorhandenen Mittel gut geeignet ist?

32. Inwieweit wird die Bundesregierung die neuen Medien und insbesondere das Internet einsetzen, um künftig eine höhere Transparenz aller Fördermittel, ihrer Bereitstellung ebenso wie ihrer Verwendung, zu erreichen?

Berlin, den 6. Juni 2000

Günter Nooke

Ulrich Adam

Klaus Brähmig

Hartmut Büttner (Schönebeck)

Manfred Grund

Dr.-Ing. Rainer Jork

Manfred Kolbe

Dr. Paul Krüger

Dr. Michael Luther

Erich Maaß (Wilhelmshaven)

Dr. Angela Merkel

Christa Reichard (Dresden)

Katherina Reiche

Hans-Peter Replik

Michael Stübgen

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion